

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 300,— Mark.

Verlag Heinrich Fahrenbach, Düsseldorf 133, Tannenstraße 3. Druck und Versand Joh. von Ake, Tel. 10, Eich Kirchstraße Nr. 53-63. Fernruf 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Adel.

Nicht der völlig gesüllte Beutel,  
Nicht das aufgehäufte Gut,  
Nicht ein strahlend hoher Name,  
Schönheit nicht, nicht Wissens Flut  
Sind es, die den Menschen adeln.  
Wer das glaubt, das ist ein Tor!  
Aus der Seele und dem Herzen  
Spricht des Menschen Adel vor!

G. Rommel.

## Vom rechten Gewerkschaftsgeist.

Eine Schwierigkeit für unsere Bewegung besteht noch immer in dem leidigen Zug vieler Mitglieder, alles gehen zu lassen und sich um die Belange des eigenen Standes oder Berufes wenig zu kümmern. Sie sind zwar Mitglied der christlichen Gemeinschaftsbewegung, weil sie dieselbe für eine gute Sache halten, aber weil sie von ihr Nutzen erwarten. Es fehlen aber vollkommen die höheren Gesichtspunkte.

Die Tüchtigkeit eines Gewerkschaftlers ist aber niemals mit dem Beitragzahlen und einem gelegentlichen Versammlungsbesuch erschöpft. Nein, wenn wir mit unserer Bewegung vorwärts kommen wollen, so muß jedes einzelne Mitglied von der Gewerkschaftsbesinnung durchdrungen sein. Jeder muß an seinem Platz unausgesetzt darauf bedacht sein, die Bewegung zu fördern. Es muß die Abneigung gegen Zähnung angemessener Verbandsbeiträge vollständig schwunden. Die Sparsamkeit ist gewiß eine Tugend, die nur eindringlich empfohlen werden kann; wer aber vor Gewerkschaftsbeiträgen zurückstreckt, der spart am falschen Ende. Im letzten Grunde kommen all die geleisteten Beiträge den Mitgliedern durch höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und noch vieles anderes wieder zugute.

In unserer Bewegung muß an Stelle des tatenlosen Sitzgelegenlassens eine heftige Initiative, ein ernstes Kämpfende Klug greifen. Im Betrieb und im gesellschaftlichen Verkehr muß jeder Gewerkschaftler mit Vorliebe von der Berufsorganisation und ihrer besonderen Bedeutung gerade in der gegenwärtigen Zeit der Krise reden. Der Gewerkschaftsverdroffenheit muß durch die einsichtsvollen Mitglieder mit allen Mitteln kraftvoll entgegengearbeitet werden. Unter schärfster und unerbittlicher Kampf muß aber dem Radikalismus der Neulinge gelten. Oder sollen die Mitglieder, die Jahrzehntlang unter allergrößten Opfern und Entbehrungen an dem grandiosen Bau der Gewerkschaftsbewegung mitgearbeitet haben, tatenlos aufsehen, wie heute durch sozialistisch-kommunistische Wirkköpfe und andere Quertreiber das mühsam aufgerichtete Werk wieder vernichtet wird? Nein, das darf nicht sein! Wer der Arbeiterschaft die einzige brauchbare Waffe im Kampf für eine bessere Lebenshaltung und für Schaffung menschenwürdiger Verhältnisse stift und damit unbrauchbar machen will, muß auf den allerentschiedensten Widerstand der besonnenen Elemente in der Arbeiterbewegung stoßen.

In der Agitation von Haus zu Haus kann und soll jedes Mitglied tätig sein. Vor allen Dingen aber muß jede Organisation über die nötigen Vertrauenspersonen und örtlichen Führer verfügen. Wie schwierig ist es oft, diese zu finden, und welche geringfügigen, kleinen Einwendungen werden gemacht, um sie an einem solchen Posten vorbeizubringen. Das ist kein richtiger Gewerkschaftsgeist! Jeder soll es sich zur Ehre anrechnen, im Dienste der Arbeiterjugend tätig sein zu können. Und diejenigen, die eine führende oder fördernde Stellung in der Gewerkschaft nicht bekleiden können, sollen wenigstens den Vertrauensleuten und den Führern keine Schwierigkeiten bereiten, vielmehr dieselben nach Kräften unterstützen. Und eine taikräftige Unterstützung durch alle überzeugten Gewerkschaftler können die Führer vor allen Dingen dann mit Recht verlangen, wenn es gilt, die Grundzüge unserer Bewegung gegenüber Phrasen und Schlagwörtern aus dem radikalen Lager zu verteidigen. Bekanntlich gibt es auch in unserer Bewegung schon da und dort vom Geist der Moskaujünger Angeckte, die veruji, die Arbeiter immer mehr mit Misstrauen gegen die „...“ zu-

gewerkschaft“ zu erfüllen. Die Durchsetzung dieser meist unerfahrenen und oft noch recht jugendlichen Bräuseköpfe darf nicht nur den Führern und Vertrauenspersonen allein überlassen bleiben. Jedes Mitglied muß durch fleischiges Studium sich genügend Wissen und Kenntnisse aneignen, um überall und in allen Lebenslagen die Sache seiner Berufsorganisation mit Mut und Geschick vertreten zu können.

In diesem Zusammenhange ist dann auch noch darauf verwiesen, wie viel für die Gewerkschaft davon abhängt, daß die rechten Leute an der richtigen Stelle stehen. Bei der Auswahl der Vorstände, Vertrauenspersonen, Betriebsräten usw. soll deshalb die grösste Vorsicht obwalten. Jede kleinliche Nörgelei muß verstummen.

Für jetzt und für die nächste Zukunft ist und bleibt die Hauptaufgabe, den rechten gewerkschaftlichen Geist unter unseren christlichen Arbeitern zu pflegen, den Geist der Selbstständigkeit, des Staatsbewußtseins, der Sozialität und der Opferwilligkeit. Wenn ein solcher Geist unsere Bewegung belebt, wird sie noch weitere Fortschritte machen und durch den Eifer und die Opferfreudigkeit der Mitglieder selbst vorwärts gedrängt werden.

## Klassenkampf oder soziale Verständigung.

In dem Mitte April erschienenen neuesten Heft der Schriften des Vereins für Sozialpolitik werden Erinnerungen von Georg Friedrich Knapp über Adolf Held veröffentlicht. Beide waren zur Zeit der Gründung des Vereins für Sozialpolitik Professoren der Nationalökonomie. Sie zählten zu den sogenannten Katholikosocialisten, die sich im Verein für Sozialpolitik gegen die Vertreter des Manchestertums zusammengefunden. In den Erinnerungen wird aus einem Briefe Hells ein Urteil über Karl Marx veröffentlicht, das verdient hier wiedergegeben zu werden. Ueber Karl Marx hat sich Held in einem Briefe vom 22. Februar 1880 so ausgedrückt:

„Ich bin auch der Meinung, daß Marx ein eminenter Kopf ist, und daß man von ihm am meisten lernen kann. Wer dies nur auch einmal das kommunistische Manifest, in welchem am klarsten und präzisesten das ganze Wollen und Denken von Marx enthalten ist, so ist klar:

1. Sein Wollen ist Revolution als solche;
2. Sein Denken steht im Dienste dieses Wollens; und wenn er mit selten geistreicher Kritik die Geschichte der Klassenkämpfe und die gegenwärtigen Klassengegensätze erkennt und schildert, wenn er dabei eine Masse von Wahrheiten aufdeckt um — laboriert nicht das Ganze, an solgendem Fehler? Jeder Kampf, jeder Gegensatz bei ihm ist ein Kampf, in dem eine Partei vernichtet wird. Er sieht nicht ein, daß neben dem Kampf immer zugleich Verjährung in der Welt ihre Rolle spiele. Und wenn man seine Methode mit der der Vergangenheit und Gegenwart behandelt konsequent anwendet auch auf die von ihm gewollte radikale Domäne der Zukunft, so muß auch diese wieder aufgelöst und vernichtet werden. Die Konsequenz ist seiner Methode ist das Nichts, und es ist eine Unwahrheit, wenn er eine dauernde positive Ordnung will respektive prophezeit. Sein im Dienste rein revolutionären Wollens stehendes Denken ist nur Kritik, und diese Einseitigkeit seines Denkens ist eine Schwäche. Dadurch werden die Resultate deselben tatsächlich unhalbar. Und ich begreife sehr, daß man sich für ihn höllisch interessieren und sehr viel aus ihm lernen kann, aber nicht, wie man irgendwie bei ihm stehbleiben kann. Denn es ist weder wahr, daß die Welt nach völiger absoluter Auflösung der heutigen Ordnung bei einer neuen absolut anderen zur Ruhe kommen kann, noch, daß die Selbstauflösung jeder Ordnung das Ende sein kann. Sonder es gibt ein ewig fortgefechtes Umändern aller Ordnung, in dem mit die nächsten relativ Ruhepunkte suchen können und müssen, ohne das lezte Ende jenseit zu können.“

Zur Klassenkampflehre eines Karl Marx dekennen sich heute nur noch die Gauzradikalen im sozialistisch-kommunistischen Lager. Diese haben somit in Heidrich erkannt, daß die Folgerungen aus der Lehre eines Marx zu einem tatsächlichen Nichts führen. Die materialistische Auffassung der Menschheitsgeschichte hat vielen Marxanhängern den Glauben an die Existenz höherer Güter genommen. Der radikale Sozialismus hat immer betont, die Menschheit habe sich nur vom Kampf um materielle Güter leben lassen. Dadurch wurde die materielle Auffassung des Lebens schließlich als allein zu Recht beliebend betrachtet. Das wirtschaftliche Leben muß aber höhere spirituelle Zwecke kennen. Im wirtschaftlichen Leben darf nicht nur der wirtschaftliche Vorteil gelten. Eine bessere Zukunft kann nur durch bessere Menschen geschaffen werden. Die Sicht in der Wirtschaft allein macht es also nicht. Die Frage nach einer besseren Wirtschaftsordnung fordert nicht nur eine

äußerre Ordnung, sondern auch neue innere Menschen. Eine innerlich sozialisierte Menschheit zu schaffen ist weder eine liberal-kapitalistische noch eine kommunistisch-sozialistische Wirtschaftsordnung in der Luge.

Unsere Bewegung erstrebt eine spirituelle und soziale Wirtschaftsordnung. Die christliche Lebensauffassung fordert als letztes Ziel der Volkswirtschaft die Hinführung der Menschheit zu einer wahrhaft christlichen Kultur. In der christlichen Lebensauffassung ist auch begründet der Gedanke der Gemeinschaft. Darum hält unsre Bewegung auch entschieden fest an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern. Sie unterscheidet sich dadurch wesentlich von den Anhängern der Klassenkampflehre eines Marx, die den Arbeitsgemeinschaftsgedanken in überaus feindseligster Weise bekämpfen. Die Marxischen predigen auf der einen Seite die Liebe zur Menschheit des Volkes und wollen auf der anderen Seite unausgelebt den Kampf lediglich um des Kampfes willen. Unsre Bewegung dagegen sucht systematisch den Gemeinschaftsgeist zu wecken und dadurch zu ihrem Teile beizutragen zur Schaffung der neuen Volksgemeinschaft. Sie will zur Gemeinschaftsarbeits an der Entwicklung der Zielle alle Gutewilligen vereinen.

Es ist sehr erfreulich, daß man auf der Suche nach Mitteln, durch welche die Entfremdung zwischen Arbeitern und Unternehmern überwunden werden könnte, durch die insbesondere das Gefühl des persönlichen Sicherheitsbundes fühlens des Arbeiters mit dem Unternehmer wieder geweckt und genährt werden könnte, auf das seelische Problem zurückkommt. Es ist einer der größten Unternehmer, Generaldirektor Dr. C. Duisberg von den Bayerischen Farbenwerken in Leverkusen, der gegenüber einer wissenschaftlichen Förläuterung in der Zeitschrift: Der Arbeitgeber (1923, Nr. 5, S. 69) zu dem Schluß gelangt: „Mit der Gewährung bloßer wirtschaftlicher Vorteile und Lebenssicherungen sei jene Frage nicht zu lösen; hier müßten vielmehr seelische Werte eintreten, vor allem der Wille zur Lebens- und Schicksalsgemeinschaft, zur Volksgemeinschaft. Er schreibt:

„Es bleibt aber nun in einem ungünstigsten Falle diese Idee (der wirtschaftlichen Interessierung) nicht die Lösung des sozialen Problems bedeuten. Vielmehr muß individuell jeder einzelne Arbeitgeber den Willen haben eine Volksgemeinschaft zu gründen, wie sie unter dem Zwange der Not sich im Westen des Deutschen Reiches bildet, wie sie sich bilden muß in unserem ganzen Land, sollen wir nicht drohendem Untergang versallen. Jeder einzelne Arbeitgeber aber muß sich dabei der besonderen Pflicht bewußt sein, als verantwortlicher Leiter eines Unternehmens, das hunderten, ja tausenden Menschen Lebensunterhalt gewährt, diese Menschen persönlich zu werten, nicht als unpersönliche Faktoren des Wirtschaftsprozesses aufzufassen. „Nicht nur den Lohn auszahlt und dann kaufen lassen,“ wie Horneffer sich ausdrückt, sondern sich mit ihnen beschäftigen, ihrer Eigenart gerecht werden, soweit es irgend möglich, ihnen das Gefühl geben, daß sie durch eigene fleißige Arbeit sich ein sorgenfreies Leben im Alter schaffen können, ihnen so beweisen, daß sie in gleicher Weise wie der Unternehmer am Werk interessiert sind — so im kleinen Kreise zu wirken das ist die Basis der Arbeit.“

„Es bleibt aber nun in einem ungünstigsten Falle diese Idee (der wirtschaftlichen Interessierung) nicht die Lösung des sozialen Problems bedeuten. Vielmehr muß individuell jeder einzelne Arbeitgeber den Willen haben eine Volksgemeinschaft zu gründen, wie sie unter dem Zwange der Not sich im Westen des Deutschen Reiches bildet, wie sie sich bilden muß in unserem ganzen Land, sollen wir nicht drohendem Untergang versallen. Jeder einzelne Arbeitgeber aber muß sich dabei der besonderen Pflicht bewußt sein, als verantwortlicher Leiter eines Unternehmens, das hunderten, ja tausenden Menschen Lebensunterhalt gewährt, diese Menschen persönlich zu werten, nicht als unpersönliche Faktoren des Wirtschaftsprozesses aufzufassen. „Nicht nur den Lohn auszahlt und dann kaufen lassen,“ wie Horneffer sich ausdrückt, sondern sich mit ihnen beschäftigen, ihrer Eigenart gerecht werden, soweit es irgend möglich, ihnen das Gefühl geben, daß sie durch eigene fleißige Arbeit sich ein sorgenfreies Leben im Alter schaffen können, ihnen so beweisen, daß sie in gleicher Weise wie der Unternehmer am Werk interessiert sind — so im kleinen Kreise zu wirken das ist die Basis der Arbeit.“

Zu dem gleichen Schluß kommt R. Tögel in Nr. 4, S. 52 der selben Zeitschrift, wenn er schreibt:

„Es kommt eben auch im Wirtschaftsleben und Produktionsprozeß nicht allein auf die Leistung an, sondern auch auf die Gestaltung. Ein Arbeitsverhältnis ist nicht erfüllt allein mit Leistung einerseits und Lohn, der ja auch in sozialer Sicherstellung verankert werden kann, andererseits, sondern das Arbeitsverhältnis soll getragen sein von etw. hochwertigen Friedenskräften der Pflichterfüllung und Treue auch in heiklen und schwierigen Situationen. Und ich möchte betonen, gerade solche Gestaltung ist es gewesen, die unsere Wirtschaft und unser Volk groß gemacht hat, und der Mangel dieser Gestaltung führt uns heute in schwierliche Tiefen hinab. Was für die Alten maßgebend war, Treue um Treue, ohne hinzuschicken allein auf den materiellen Gewinn, das soll die neue deutsche Zukunft mit begründen helfen. Und solcher Gestaltung muß die Volksgemeinschaft die materiellen Grundlagen mitgeben helfen — nicht ausschließlich, aber mit.“

Dass die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände seit zwei Jahren diese Gedanken deren Mitgliedern immer wieder mahnend und warnend einzuprägen sucht, ist ein Lichtenblick in unserer schweren Zeit. An der Schaffung und Ausgestaltung der neuen Volksgemeinschaft müssen nicht bloß die Erwerbstätigen, sondern alle Volksgenossen, nicht zuletzt die zur geistigen Führung berufenen Studierten mitwirken.

## Der Kampf gegen die Außenhandelskontrolle.

Am 31. März 1922 wurden die Reichsstelle für Textilwirtschaft sowie die Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Faserstoffgebiete durch Regierungsverordnung bestellt. In deren Stelle sollten die Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft, die Außenhandelsnetz einstellen für die einzelnen Faserstoffgebiete sowie für Bekleidung und Wirkwaren treten. Die Konstituierung dieser neuen Stellen ist bis heute noch nicht erfolgt. Deshalb mussten die Außenhandelsauschüsse und Geschäftsstellen der alten Reichswirtschaftsstellen die Geschäfte weiter führen. Die Aufgabe der Auschüsse ist es vornehmlich, im Rahmen der gegebenen Bestimmungen die Bedingungen festzulegen, unter denen die Aus- und Einfuhr der Rohstoffe sowie der Halb- und Fertigfabrikate erfolgen soll. Die Auschüsse sind paritätisch zusammengesetzt aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber aus Industrie und Handel; dazu kommen in einigen Auschüssen Vertreter der Verbraucher. Die paritätische Zusammenlegung konnte erst nach langem heftigem Kampfe erreicht werden. Es bleibt ein Verdienst des früheren Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt, dem berechtigten Verlangen der Arbeitnehmer auf Parität Gelungen zu haben. So konnten nunne die Vertreter der Arbeitnehmer mehr Einfluss gewinnen in Produktions- sowie in Aus- und Einfuhrbedingungen der verschiedenen Zweige unserer Textilindustrie. Weitern Unternehmerkreisen wollte es nicht behagen, daß auf diesem Gebiete den Arbeitnehmern ein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht eingeräumt war. Nach Durchführung der paritätischen Zusammenlegung wurde unausgesetzt durch Zeitungsartikel, Versammlungsschlüsse und Einhaben auf die maßgebenden Regierungsstellen eingemürit mit dem Ziele, die ganze Außenhandelskontrolle zu beseitigen. Dieses Ziel ließ sich nicht mit einem Schlag erreichen. Deshalb forderte man fortgesetzten Abbau, jedoch mit der Absicht, diesen Abbau schrittweise bis zur vollständigen Beseitigung der ganzen Außenhandelskontrolle durchzuführen.

Als durch die fortgesetzte Entwicklung der Mark eine Vergroßerung der in Deutschland erzeugten Waren am das Ausland stattfand, weil die Abfuhrzölle in Wirkung getreten waren und die Bezahlung in Währung erfolgte, mußte durch einschneidende Bestimmungen diesem Umfange zu steuern verucht werden. Zu diesem Zweck erfolgten Bestimmungen über die Preiskontrolle der ausgeführten Waren sowie über die Zulassung der Beträume nach dem Ausland in Hochalute, das heißt in einer hochwertigen Währung, wie z. B. in englischem Pfund, amerikanischem Dollar, Schweizerischem Franken oder anderen hochwertigen Geldsorten. Die Ablieferung nicht benötigter Devisen wurde vorgeschrieben. Ferner wurden die auszuführenden Erzeugnisse mit einer nicht oder minder hohen Ausfuhrabgabe und außerdem mit einer Umsatzsteuer belegt. Eine Ausfuhr durfte nur nach vorheriger Genehmigung der Anträge erfolgen. Dieser einzelne Antrag mußte geprüft werden auf eine mögliche Preisbemessung und auf Erfüllung der sonstigen Bestimmungen.

Diese ganze Regelung war besonders den Kreisen des Handels sehr zuwider. Sie verlangten volständige Beseitigung aller die Ein- und Ausfuhr erschwierenden Bestimmungen, ohne zu fragen, ob dadurch der deutschen Industrie grobe Schäden zugefügt würden. Vertreter der Industrie haben sich lange Zeit dem unbilligen Verlangen des Handels widergestellt. Letzterer erreichte zunächst bei der Regierung die Errichtung einer besonderen Außenhandelsstelle für Sonderfälle für die verschiedenen Zweige des deutschen Ausfuhrhandels die Anträge bearbeitete. Diese Außenhandelsstelle für Export suchte systematisch die von den für die verschiedenen Arten von Waren zuständigen Außenhandelsstellen und Außenhandelsnebenstellen aufgestellten Ausfuhrbedingungen zu umgehen und erreichte tatsächlich eine große Unschärfe in der Ausfuhrabgabe und in der Ausfuhrabgabe.

Zus. nur und mit Segen des Außenhandels zündete eine katastrophale Entwicklung und späterhin durch das Fehlverhalten der Regierung eine höhere Bewertung und Stabilisierung der Mark eintrat, zeigte sich, daß mittlerweile für manche Exportwaren die Weltmarktpreise erreicht oder überschritten waren. In verschiedenen Zweigen unserer Wirtschaft stockte der Abzug. Eine verbilligte Produktion und ein Verkauf unter Weltmarktpreisen war bisher durch drei Hauptfaktoren ermöglicht: niedrige Kohlepreise, niedrige Strompreise und niedrige Löhne. Als am die Jahreswende die Währung noch katastrophal entwertete, wurden die Strompreise und Frachttage mehrfach stark erhöht, jedoch zu dem Zeitpunkt, wo der Abzug durch die Einschränkung der Reichsbank und Regierung von 50 000 auf 20 000 zurückgedrängt wurde, die Kohlepreise zum Teil über Weltmarktpreis stiegen und die Frachttage an die Weltmarktpreise angepaßt wurden. Somit war noch der letzte Faktor, auf dessen Kosten eine verbilligte Ausfuhr möglich war.

Die Währung war nun zum Teil unzureichend durch die Belastung der ausgeführten Waren mit Ausfuhrabgabe und Umsatzsteuer sowie die Verkürzung der Produktion und des Handels durch die außerordentlich hohen Strom- und Frachttage der deutschen Fabriken, außerdem hatten die Exporte, Frachtkontenzen und Kärtelle die Preise teils weit über die Weltmarktpreise hinaufgetrieben. Es war deshalb verständlich, daß die Vertreter der Sektionen zur Beseitigung des Abzuges aus einer Erhebung oder der Beseitigung aller Abgaben und damit aus einer Verbilligung der Produktion hinnahmen. Diesen Augenblick hielten die Vertreter eines französischen freien Handels für geeignet, um die Beseitigung der ganzen Außenhandelskontrolle durchzuführen.

Leider zeigte sich das Reichswirtschaftsministerium als unbeherrschbar. Es wurde in den Kreisen des Reichswirtschaftsministeriums die Frage des Abzuges der Außenhandelskontrolle verdeckt. Der Vorsitz der Gewerkschaften war inzwischen gezeigt und ohne Beteiligung der Außenhandelskontrolle. Die Außenhandelskontrolle war eine Erzeugnis, die die Regierung zur Zeit nicht tragen kann, und Muß sie jetzt wieder. Zur diesbezüglichen Anträge stand auch die Vertreter unseres Verbandes in den einzelnen Außenhandelsnebenstellen eingetreten. Sie haben sich jedoch ganz entzweit gegen die Befragte gewendet, zumtreue Erzeugnisse auf die Ausfuhrfreiliste geworden. Denkmals Ausfuhrabgabe und Außenhandelskontrolle zu lassen. Denn Ausfuhrabgabe und Außenhandelskontrolle müssen zusammengehen.

Was auf der Seite steht, wird nicht mehr bekannt. Jedoch steht nun die Vertreter der Arbeitnehmer die Befragte der Außenhandelskontrolle ab.

Bei einer Aussprache der einzelnen lokalen Außenhandelsnebenstellen, jenseit derselben blieb zur Frage der Außenhandelskontrolle Stellung nehmen konnten, werden

die Anträge auf Erweiterung der Freiliste abgelehnt. Das hat jedoch weder das Reichswirtschaftsministerium noch die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats davon abgehalten, zahlreiche Erzeugnisse der Textilindustrie auf die Ausfuhrfreiliste zu legen. Bei der Behandlung dieser außerordentlich wichtigen und liefscheinenden Fragen hat weder das Reichswirtschaftsministerium noch der vorläufige Reichswirtschaftsrat die Zeit genommen, von den Ausschüssen der einzelnen Außenhandelsnebenstellen ein sachverständiges Gutachten und entsprechende Vorschläge einzuhören. Über die Vorschläge dieser der Regierung eingezogenen sachverständigen Selbstverwaltungskörper hinweg hielten sich die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats für befugt, die Ausfuhrfreiliste wesentlich zu erweitern. Sie gingen sogar noch über die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums hinaus und haben viele Artikel auf die Ausfuhrkontrolle gelegt, für die die Ausfuhrkontrolle auch in Zukunft unerlässlich erscheint. Gegen ein solches Verfahren des Reichswirtschaftsministeriums sowie auch der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats muß ganz entschieden Einspruch erhoben werden. Das ist auch durch einstimmigen Beschuß der Außenhandelsnebenstelle für Baumwolle geschehen.

Mit der erstrebten Beseitigung der Außenhandelskontrolle müssen auch alle Bestimmungen fallen, die bisher die Lieferung des deutschen Produktes mit billigen und schlechten Auslandswaren verhinderten. Dem Ruf nach freier Einfuhr folgt der Ruf nach freier Ausfuhr. Der Handel wird dieses Ziel mit allen Mitteln erstreben ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der deutschen erzeugenden Industrie. Umgehen, verdienen, schnell und mühelos reich werden, danach strebt in der heutigen Wirtschaft insbesondere der Handel. Dabei ist es dem einzelnen Händler vollständig gleichgültig, ob diese Bereicherung auf Kosten der deutschen Baumwirtschaft und der deutschen Verbraucher geht. Das haben die Voraussetzungen der Nachkriegszeit bewiesen.

Wenn es der Regierung und der Reichsbank gelungen ist, für eine kurze Zeitspanne die Mark ziemlich stabil zu halten, so kann daraus keineswegs geschlußfolgert werden, daß recht bald mit einer weiteren Entwertung gerechnet werden muß. Eine solche hat bereits eingesetzt. Durch eine weitere Entwertung wird jedoch erneut die Möglichkeit der Verkleinerung deutscher Waren nach dem Ausland gegeben. Der Verhütung ist also dann alle Erzeugnisse nicht mehr möglich, die auf der Ausfuhrfreiliste stehen. Solange die Unmöglichkeit unserer Währungsverhältnisse anhält, muß deshalb im Interesse unserer deutschen Wirtschaft die Aufrechterhaltung einer unsuffizienten Außenhandelskontrolle verlangt werden. Dabei kann den bei Konjunkturveränderungen jeweils veränderten Bedürfnissen durch Anpassung der Abgaben sowie durch stärkere Lockerung und Bindung durchaus entsprochen werden. Für diese Regelung müssen jedoch die von der Regierung eingezogenen Sachverständigen-Ausschüsse der Selbstverwaltungskörper zuständig sein und nicht einzelne Personen des Wirtschaftsministeriums oder die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats.

Für die Arbeitnehmer wäre es erwünscht, anstelle der Ausfuhrabgaben und Umsatzsteuer sowie der wucherischen Bankzinsen eine entsprechende Erhöhung der Löhne zu sehen, damit die Verkleinerung deutscher Waren auf Kosten niedriger Arbeitslöhne an das Ausland unterbunden wird. Mit dem höheren Lohnentkommen würde auch die Kaufkraft der breiten Verbraucherkreise entsprechend gehoben und besonders für Textilergänzung eine weit größere Absatzmöglichkeit auf dem Inlandsmarkt erzielt. Der Mangel an Kleidungsfabriken, insbesondere an Leib- und Bettwäsche ist in den minderwertigsten Kulturskreisen weit größer, als allgemein angenommen wird. Mangelnde Kaufkraft behindert die Befriedigung des Bedarfs. Es ist ein alter Fehler des deutschen Unternehmens, das Blühen der deutschen Textilindustrie nur durch Hebung der Ausfuhr erreichen zu wollen und die Stärkung der Kaufkraft der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger vollständig zu vernachlässigen.

H. F.

## Aussichten der Textilwirtschaft.

Nach der fast ununterbrochenen Hochkonjunktur des Jahres 1922 mußte sich infolge der Gestaltung des Devisenmarktes um die Jahreswende eine allgemeine Zurückhaltung und Unzufriedenheit im Textilgewerbe bemerkbar. Die Flucht aus der Mark in die Ware hörte auf, der Auftragseingang nahm wieder zu, und da die Gewerke das Valutatrudder und daher ihren Bedarf nur durch Lagerhäuser zu decken suchten. Die infolge der Kursversetzung eingetretene kurzfristige Marktentwicklung ließ die Zurückhaltung der Gewerke von Seiten der Gewerke, sie brachte diejenigen, die finanziell im Herbst letzteres setzte auf der Grundlage einer einheitlichen Währung geschlossen hatten, in ärgerliche Schwierigkeiten, da sie sich pflichtig zuverlässigen Valutaverpflichtungen gegenüberstanden. Die im Februar eingeführte Marktentwertungsaktion führte zu einer ausgeprägten Abfallkurve, die wohl gegenwärtig anhält. Unter dem Einfluß des kleinen Gewerbes und unter dem Druck der auf Preisabwerten gerichteten Bestrebungen der Regierung und der Devisenzentrale sah sich der Einzelhandel veranlaßt, nicht weiter unzureichende Preise festzusetzen, die bestrengt in der zweiten Stunde die Verpreisung bei Gewerbe durchführten. So trat bei Kleidung und Unterwäsche eine 32 Prozent und bei Überkleidung etwa 29

Devisenzentrale machte sich im Großhandel und in der Industrie des Gewerbes gefügt, die Preise möglichst zu senken, soweit sie nicht wie zum Beispiel bei reinen Tafelwaren — außerordentlich der Devisenzentrale angepaßt werden. Es zeigt sich, daß die Abfuhrförderung die noch weiter wirkenden preisauftriebenden Kräfte in Gestalt von Steigerung der Löhne, Frachten und sonstigen Betriebskosten nicht aufzuheben vermöchte. Die Industrie verfügt in manchen Zweigen sogar noch für die allgemeinen Betriebseinrichtungen zusammen und die Gewerbeaufpreissteigerung wächst. Die Aussichten für die nächste Zukunft werden als wenig erfreulich bezeichnet, zumal die Marktbesserung auch das Ausfuhrgeschäft stark behindert hat.

Man rechnet indessen damit, daß die voraussichtlich noch längere Zeit anhaltende Stabilität der Devisenkurse die Grundlage für eine solidare Gestaltung des bisher normativ eingestellten Geschäfts bieten, und daß sich der lang zurückgehaltene Bedarf des Publikums mit dem Fortschreiten der Jahreszeit in einer stärkeren Nachfrage nach Bekleidungsgegenständen äußern wird, zumal die Vorräte im Einzelhandel infolge der Geldknappheit im allgemeinen nicht allzu groß sind.

Zahlreiche Preiskartelle, wie zum Beispiel die "Deutsche Tuchkonvention", die Verbände der Sächsisch-Thüringischen, Luisa- und Schlesischen Weberen, des Wirkwarenfaßes, der Nähfaden-Industrie erhöhten auch nach dem Dollarsturz die Gewandspreise in Auswirkung der oben bezeichneten preisteigernden Faktoren. In diesen Zeiten der Nachlassen den Verkaufskonjunktur wirken die Kartelle in der fast durchweg kartellmäßig organisierten Textilindustrie preisregulierend und behindern einen plötzlichen Preissturz, so lange die inneren Voraussetzungen hierfür noch fehlen. Die Preisbewegung auf dem Textilmärkt in der letzten Woche hat gezeigt, daß sich ein nachhaltiger Preisabbau wohl durch währungspolitische Maßnahmen einleiten läßt, aber daß es schwer ist, ihn von der Devisenseite her allein durchzuführen.

## Wird Wolle knapp?

Am deutschen Wollemarkt sieht es nicht nach Wollknappheit aus; denn der Verkehr ist ruhig. Die neuesten Verfeierungen des Deutschen Wolleverwertungsverbandes beweisen es; nicht immer und überall kommt das gesamte Angebot Nehmer finden. Sieht man über die deutschen Grenzen hinaus, so zeigt sich, daß auch unterwärts in der Wollindustrie ähnlich ruhiges Geschäft herrscht, wie in Deutschland. Die französischen Spinnerei klagen, die polnischen nicht minder. Und wenn auch in der Tschecho-Slowakei die Lage neuerdings etwas besser geworden ist, so bleibt man von gutem Geschäftsgang doch weit entfernt. Aehnlich liegen die Dinge in England. Anders kann das auch gar nicht sein, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse im alten Europa so ungewöhnlich sind.

Dennoch hat Sir Arthur Goldfinch, der Leiter der Londoner Geschäftsstelle der British Australian Wool Realization Corporation ("Bawra") vor kurzem in einem Gräford-Blatt errechnet, daß sich zwischen den Weltvorräten an Wolle und dem Wollverbrauch eine Fehlmenge von 660 Mill. engl. Pfund ergebe. Seiner Ansicht nach würde diese Knappheit in nächster Zeit größeren Verbrauch von Kunstwolle bedingen. Demgegenüber ist jedoch der Hinweis darauf angebracht, daß Sir Goldfinch anscheinend mit Friedenszahlen des Weltverbrauchs rechnet und diesen dann die Zahlen der durch Verminderung der Schätzstände verringernden Weltvorräte an Wolle gegenüberstellt. In diesem Falle müßte man, da die Verhältnisse für den Verbrauch alles andere als regelmäßig sind, die Rechnung des Leiters der australischen Wolleverwertungsgeellschaft ernsthaft anzusehen und in das Gebiet der Stimmungsmache verweisen. Vielleicht kommt es dem mächtigen Londoner Geschäftsleiter der Bawra weniger darauf an, den Wollemarkt durch die Voraussetzung einer Weltknappheit zu stützen, als dem Kunstmwolle-Gewerbe auf die Beine zu helfen. Denn die Wollpreise sind hoch; der Weltmarkt ist fest gestimmt. Dennoch dürfen es die Züchter ebensoviel zu einer Weltknappheit an Wolle kommen lassen, wie die amerikanischen Baumwollplanzen zu einer solchen an Baumwolle im richtigen Augenblick werden sie sich schon auf die Marktlage einstellen.

Sir Arthur Goldfinch sucht wohl Absatzmöglichkeiten für die alten, fehlhaften und minderwertigen Wollbestände zu schaffen, die in den Speichern seiner Gesellschaft, allzu reichlich vorhanden sind. Diese Bestände bilden für die Kunstmwolle-Industrie die geeignete Rohware. Nicht ohne Interesse ist für das deutsche Wirtschaftsziel, daß nun unter den alten Beständen der Bawra große Mengen einer grünen Wollsorte befinden, für die Deutschlands Wollgewerbe ehemals in Australien Hauptkäufer gewesen ist. Infolge der Handelskrieg-Politik Australiens mußte sich Deutschland vom dortigen Markt zurückziehen, so daß Australien mit seinen grünen Wollen recht erheblich sitzen geblieben ist. Aber Sir Goldfinchs Darlegungen sorgen dafür, daß die Geschäfte des Kunstmwolle-Gewerbes gut gehen können, und er wird dann vielleicht seine alten Bestände, die teilweise noch aus der britisch-australischen Kriegs-Wollbewirtschaftung stammen und von der Bawra übernommen werden müssen, zu guten Preisen los. Immer vorausgesetzt, daß das Märkte von der Weltknappheit an Wolle stauben findet. R. B.

## Der Standpunkt der Aachener Tuchfabrikanten in der Frage des Doppelstuhles.

Aus der Schrift: "Der Doppelstuhl in der Aachener Tuchfabrik".  
von Dr. Gottlieb Schmidt, Köln.

Den Textilarbeitern mit ihrer einheitlichen Auffassung über den Doppelstuhl standen die Arbeitgeber weniger gegenüber. Es waren immer nur einige wenige Fabrikanten, die auf die Einführung dieser Arbeitsart drängten; andere machten aus ihrer Neigung nicht den geringsten Heß und bekundeten dies selbst durch Aktionen in den Tagesblättern. Wie verschiedenartig die Meinungen der Unternehmer waren, beweisen die Ergebnisse der Rundfragen, die der Arbeitgeberverband der Textilindustrie in Aachen am 4. November 1922 und im Mai 1923 vornahm. Die Jerolitierung innerhalb der Arbeitgeberchaft hatte ihren Grund in der mehr oder weniger ausgedehnten Verwendungsmöglichkeit des Doppelstuhles für den einzelnen Fabrikanten. Die Aachener Stoffe sind in der Mehrzahl für den Doppelstuhl nicht geeignet. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, ein Hauptvertreter für den Doppelstuhl, erkannte im Dezember 1922 an, daß nur ein Drittel der Aachener Waren dem Doppelstuhl angefertigt werden kann. Dieser Anteil an der Aachener Gesamtproduktion entfiel auf eine ganz geringe Zahl von Fabrikanten. Für sie war der Doppelstuhl allerdings eine lebenswichtige Frage, daher auch ihr Eintreten für ihn. Waren sie in der Lage, ihre Lohne auf dem Doppelstuhl herzustellen, erwarteten ihnen daraus in betriebswirtschaftlicher Hinsicht monierte Vorteile. Die Doppelstuhlfabrik verfügt die Gestaltungskosten der Ware ganz wesentlich, sie kann also bedeutend billiger auf den Markt gebracht werden. In Aachen wurde, um kurz die Fähigkeit des Doppelstuhles, die Ware zu verbilligen, darzutun, für 1920 Schuh im Durchschnitt 13 Pfennig Weblohn bezahlt, in Gera, wo der Doppelstuhl

verwandt wurde,  $7\frac{1}{2}$  Pfennig. Für 50 Meter Drapé 34 Schuß auf 1 cm, 170 000 Schuß also auf 50 Meter berechnete sich beispielweise der Weblohn wie folgt:

Aachen: 1000 Schuß = 13 Pf.

$$170000 \text{ Schuß} = \frac{170000 \times 13 \text{ Pf.}}{1000} = 22.10 \text{ M.}$$

Gera: 1000 Schuß =  $7\frac{1}{2}$  Pf.

$$170000 \text{ Schuß} = \frac{170000 \times 7\frac{1}{2} \text{ Pf.}}{1000} = 12.75 \text{ M.}$$

Der Aachener Fabrikant müßte also für dasselbe Stück M. 9,35 Weblohn mehr zahlen als der Fabrikant in Gera; mit anderen Worten: für M. 22,10 erhielt der Fabrikant in Aachen 50 Meter, der Fabrikant in Gera 86,67 Meter Ware.

Im Gegensatz zu dieser Minderheit der Aachener Fabrikanten befürwortete die Mehrheit gegenüber dem Doppelstuhle eine starke Kühle und Gleichgültigkeit. Ihre Fabriken hatten genügend Beschäftigung; sich diese zu sichern, den guten Ruf der alteingeschulten, gelehrten Aachener Ware aufrechtzuerhalten, dahin allein ging ihr Streben. Es lag ihr durchaus fern, sich für den Doppelstuhl einzusezen. Ihre Artikel ließen sich nur auf einem Webstuhl herstellen. Überdies hatten diese Unternehmer keine Veranlassung, mittelbar zum Erstarken ihrer Mitbewerber beizutragen; das würde ihnen letzten Endes auch ein wirtschaftliches Ungleichgewicht in ihren eigenen Lucharten verschafft haben.

## Zum Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923.

(R.-G.-Bl. I. S. 225.)

Diese Verordnung ändert das Gesetz über Zusagen in der Unfallversicherung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1923 ab. Zu einer Verleihrente wird die Zulage nur gewährt, wenn die Rente  $33\frac{1}{3}$  oder mehr vom Hundert der Vollrente beträgt oder wenn der Berechtigte mehrere Verleihrenten bezahlt, deren Hundertsätze zusammen die Zahl  $33\frac{1}{3}$  ergeben. Die Zulage besteht in dem Betrag, um den die Rente hinter dem Betrage zurückbleibt, den sie hätte, wenn sie nach folgenden Jahresarbeitsverdiensten berechnet würde (erhöhte Rente).

Nach dieser neuen Verordnung gilt als Jahresarbeitsverdienst:

1. bei Berechnung der erhöhten Verleihrente eines Verleihten, der als solcher eine oder mehrere Renten bezieht, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 50 nicht erreichen,
  - a) falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Betrag von 567 000 M.;
  - b) falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Betrag von 302 400 M.;
  - c) im übrigen der Betrag von 787 500 M.;
2. bei Berechnung anderer erhöhter Renten:
  - a) falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Betrag von 1 470 000 M.;
  - b) falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Betrag von 882 000 M.;
  - c) im übrigen der Betrag von 2'016 000 M.;

Die zu 1 c) und 2 c) angeführten Sätze sind zuständig für gewerbliche Betriebe durch Unfall verletzte berentete Renten ausser Rentenbezüger. Die hierauf verwiesenen Sätze werden für die Zeit nach dem 28. Februar 1923, also ab 1. März gewährt.

Durch diese Verordnung wird weiter die Verdienstgrenze für Betriebsbeamte von bisher 1 200 000 M. mit Wirkung ab 1. April 1923 auf 8 400 000 M. erhöht. Ferner wird für den Fall der Löting das Sterbegeld auf den Mindestbetrag von 200 000 M. (bisher 30 000 M.) für die Gewerbe-Unfallversicherung und See-Unfallversicherung erhöht.

Für Renten aus der Gewerbe-Unfallversicherung, die jährlich 60 000 M. oder weniger (bisher 6000 M. oder weniger) betragen, ist die Auszahlung in vierteljährlichen Beiträgen im Bonus zu zahlen, soweit sie nicht voraussichtlich vor Ablauf des Vierteljahrs eingehalten wird.

Diese Vorschrift für die Fälligkeit der Leistungen und die Dauer des Rentenzuges gilt (§§ 955, 1115 RWD) entsprechend auch für die landwirtschaftliche und See-Unfallversicherung.

R.

## Internationale Rundschau der Arbeit.

Unter diesem Titel läßt das Internationale Arbeitsamt in Genf durch seine Berliner Zweigstelle seit Januar 1923 auch eine Monatschrift in deutscher Sprache erscheinen. Die Zeitschrift ist nicht nur für Deutschland bestimmt, sondern für alle, die sich der deutschen Sprache als Haupt- oder Hilfsprache bedienen und sich in ihr mit den sie interessierenden Arbeiten des Genfer Amtes bekannt machen wollen. Dieses will bekanntlich das ganze weit verzweigte Gebiet der sozialpolitischen Angelegenheiten in sein Aufgabengebiet einbezogen. — Die beiden ersten Hefte der Rundschau der Arbeit enthalten Abhandlungen und Übersichten über die neuere Arztregelebung in den mittleren europäischen Staaten, über die Goldbewegung in England, über die Anwendung des Währungsentwertung in Deutschland, über die Arbeitgeberbewegung im Jahre 1922, das Oerleichterungsproblem in der Metallindustrie, die Arbeitsgesetze im Staate Neapel, die Bewegung der Löhne in den letzten Jahren, über die Entwicklung der Genossenschaften in den Vereinigten Staaten Nordamerikas u. a., außerdem eine Übersicht über die Grundlagen des Genfer Amtes, über die Beschlüsse der bisherigen Konferenzen und ihre gesetzgebenden Erfolge. Ein großer Teil ist dem wirtschaftlichen und sozialen Schrifttum aller Länder eingeräumt. In einem statistischen Anhang wird eine internationale Übersicht über die Entwicklung der Großhandelspreise, der Kleinhandelspreise, der Lebensmittel und der Arbeitslosigkeit gegeben. — Die Zeitschrift kann allen, die die sozialen Tatsachen und Probleme noch weiteren Gesichtspunkten aus zu verfolgen haben, empfohlen werden. Grundpreis 0,50 M. Bezug durch das Berliner Amt, Berlin 40, Scharnhorststr. 35, das aus Wunsch einen Auszug der ersten Hefte kostenlos zusendet, durch den Kommissionsverlag Dr. Hans Breit, Berlin 2, 19, Gethrautenstr. 18, durch die Post und jede Buchhandlung.

## Allgemeine Rundschau.

Lage der Textilarbeiter in den europäischen Staaten.

Nach Angaben des Wiener "Textilarbeiter" hat sich die Lage der Textilindustrie und der Textilarbeiter in der letzten Zeit folgendermaßen gestaltet: Die Krise in der tschechoslowakischen und österreichischen Textilindustrie besteht weiter. Dazu kam noch die Krise in der deutschen Textilindustrie, wo die Mehrzahl der Betriebe Kurzarbeit einführen mußte. Dagegen hat sich die Konjunktur in der Schweiz gebessert. Sehr gut ist die Beschäftigungsfrage in Belgien und in Dänemark, aber auch in Frankreich, wo nur einzelne Zweige der Textilindustrie, wie Löffel- und Spülensfabrikation, nicht gut beschäftigt sind. Die Reallohnne der Textilarbeiter in der Schweiz und in Schweden sind trotz mehrfacher Lohnherabsetzungen immer noch höher als vor dem Kriege. Dagegen sind die ungarischen und französischen Löhne im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung absolut unzureichend. In Holland bemühen sich die Unternehmer, die Löhne bedeutend herabzusetzen, was zur Aussperrung von 5000 Arbeitern führte. In den meisten Ländern richteten sich die Angriffe der Unternehmer gegen den Achttunderttag. In der ungarischen Baumwollindustrie haben die Unternehmer vor kurzem die 57-Stundenwoche proklamiert. In der Schweiz soll die Arbeitszeit durch Volksabstimmung, deren Zeitpunkt jedoch hinausgeschoben wurde, auf 54 Stunden pro Woche erhöht werden. In Frankreich wird die 48-Stundenwoche nur dort eingehalten, wo die Organisation stark genug ist. Die politische Lage in Italien ist katastrophal. Im Dezember 1920 zählte die Organisation der italienischen Textilarbeiter 170 000 Arbeiter, davon augenblicklich kaum noch 20 000 übrig sind. Die Organisation ist dem Faschistenterror erlegen und erwartet ihre Auflösung von der Solidarität des internationalen Proletariats.

Die Bulgaren die Kommunisten bekämpfen.

Ministerpräsident Stambulski kündigte angesichts des Anwachsens der kommunistischen Partei auf dem flachen Lande einen Gefechtskurs an, nach dem in einer Landgemeinde, in der mehr als 10 Eigentümer der kommunistischen Partei angehörten, das Eigentum der Parteimitglieder enteignet und eine Kommune gebildet wird, in die alle Kommunisten der Ortschaft zwangsläufig eintreten. Unter den Mitgliedern der Kommune tritt Arbeitsteilung nach dem Grundsatz der Gleichheit ein; ebenso werden die Mitglieder der Kommune an ihren Erzeugnissen zu gleichen Teilen beteiligt.

## Aus der Textilindustrie.

Die Westproduktion in Leinen und Hanf im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Das internationale Ackerbauinstitut in Rom hat sich in seiner letzten Veröffentlichung hauptsächlich mit der Herstellung jener Pflanzen befasst, welche für Webwaren in Betracht kommen.

Für Leinen und Hanf hat das Ackerbauinstitut nur die europäischen Länder in Betracht geogen, wo die Rente in Leinen im Jahre 1922 1 712 000 Doppelzentner betrug und gegenüber dem Jahre 1921 ein Mehr von 18 Prozent aufwies, aber immerhin noch um 21 Prozent des Verteilungsbetrages der Vorkriegszeit zurückließ. Die Hanfernte wird im Jahre 1922 auf 1 508 000 Doppelzentner geschätzt und bleibt gegenüber 1921 um 15 Prozent und gegenüber der Durchschnittsernte von 1909 bis 1913 um 24 Prozent zurück. Diese Verminderung ist nicht nur auf das schlechtere Erntergebnis an und für sich, als auch auf die bedeutend geringere Anbaufläche zurückzuführen. Somitthin fehlen beim Süden die nötigsten Daten, um den heutigen Zustand, wodurch das ganze Material sehr lückenhaft wird, da in der Vorkriegszeit 70 Prozent der europäischen Leinenernte und 60 Prozent der Hanfernte von jenen Ländern geliefert wurde. Soweit Nachrichten vorliegen, soll in Südeuropa kaum ein Schatz der Vorkriegsernte erreicht werden.

## Mitteleuropäische Wollansiedlung in Ungarn.

Vor noch die neue Wollkampagne beginnt, hat die Ungarische Kreditanstalt aus der neuen Schur Wolle für 10 Millionen Lire an Staaten verkauft, und dafür 5 Millionen Lire Rückzahlung verdonnen. Die Regierung hat die Ausfuhr im Interesse der Verbesserung des Kronenkurzes bemüht, jedoch haben dagegen alle Textilfabrikanten mit dem Hinweise, daß Ungarn gezwungen sein wird, die ausgeführte Wolle wieder viel teurer einzuführen, Protest erhoben.

## Zur schottischen Unterarbeiter-Ausstattung.

Wie aus London gemeldet wird, ist seitens der schottischen Arbeitgeber beschlossen worden, die Camperdown-Sinterwerke, wo der Leilstreik ausbrach, der zu der allgemeinen Aussperrung führte, wieder zu öffnen. Wenn eine genügende Anzahl Arbeiter, um den Betrieb aufzunehmen, zur Arbeit zurückkehren, werden die Arbeitgeber die Aussperrung aufheben. Bekanntlich wurden 30 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen.

## Die italienische Textilindustrie.

In der Seidenindustrie trat Ende Oktober infolge der Ermäßigung der Devisen und der Zurückhaltung der italienischen und ausländischen Spinnerei eine Verflüssigung ein. Besonders lebhaft ist aber die italienische Baumwollindustrie betroffen, in der jetzt eine Milliarde Lire investiert ist. Große technische Erweiterungen kann sie der Nachfrage kaum genügen. — Die Wollindustrie arbeitete seit 1922 schlechter und mit besserem Erfolge als im Vorjahr. In den Spinnereien ließen bedeutende Ausschläge sowohl aus der Weberei wie aus der Wirkerei ein, während die Weberei von Ende Oktober an weniger lebhaft beschäftigt war. — Die Baumwollindustrie ist mit den erzielten Preisen aufgestiegen, die lange Erholungszeit hatte in den ersten Monaten des Jahres, die aus den Wasserkrisen zur Verfügung stehende Motorkraft vermindert, doch fiel diese Periode mit einem Nachlassen der Nachfrage zusammen. In den folgenden Monaten trat gleichzeitig eine größere Regenmenge und stärkere Nachfrage ein und erlaubte wieder vollen Betrieb; jedoch verhinderten sich die Bestellungen wieder gegen Jahresende infolge der damals auf ihrem Gipfel angekommenen Preishause des Rohmaterials. Der Export der italienischen Baumwollwaren hat durch die Krise in Südamerika und durch die Orientmärkte große Schwierigkeiten gefunden.

## Aus unserer Bewegung.

1898—1923.

Der 24. April ist für die organisierte christliche Textilarbeiterchaft des Verbandsbezirks Krefeld von besonderer Bedeutung. Dies deshalb, weil vor 25 Jahren, und zwar am 24. April 1898, der "Niederrheinische Verband christlicher Textilarbeiter" gegründet wurde. Am genannten Tage 1898, nachmittags 3 Uhr versammelten sich in dem Lokale "Niederrheinische Federunion" zu Krefeld Kollegen aus 23 Orten des Niederrheins, von Neuried, Waldniel, Bieren bis Kaldenkirchen, Nieukerk und Wachtendonk. Nach einem Vortrag des jetzigen Reichsarbeitsministers Dr. Bräunis, damals Kaplan in Borbeck, über: "Die sozialen Verhältnisse", fanden die Versammlungen einstimmig nachstehenden Besluß:

"Die heutige Delegiertenversammlung gründet einen Verband, welcher den Zweck hat, auf dem Boden der Sozialpolitik und der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auf geistlichem Wege die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern. Die Erörterung konfessioneller und parteipolitischer Fragen ist ausgeschlossen." Eine große Anzahl Kollegen, von denen mehrere bereits verstorben sind, erklärten sich zur Durchführung des gesuchten Beschlusses bereit. Wir werden der Vorkämpfer demnächst an anderer Stelle ehren gedenken. Sicher hatten die Pioniere zu kämpfen. Riesengroß waren die Hindernisse, die im Wege standen, überwunden werden mussten, zahlreich die Gegner, die unser Vorkämpfern entgegneten, um das begonnene Werk zu zerstören. Schaffensfreie Begeisterung, getragen von hohem Idealismus, gab den Kollegen die Kraft, nicht zu verzagen. Wir gedenken mit Bewunderung all der Opfer, persönlich und finanziell Art, die die Kollegen für unseren Verband damals gebracht haben. Sie waren nicht von dem materialistischen Zeitgeist angesehnt, der heute die Menschheit durchzieht, und der bei jeder Gelegenheit fragt, was erhalten ich für materiellen Lohn, wenn ich diese oder jene Arbeit übernehme. Sie onferierten von ihrem kargen Einkommen, sie nahmen große Mühen auf sich, um das Werk durchzuführen. Möchten wir "Jungen" an den Taten der "Alten" uns doch ein Beispiel nehmen, und von wahren Opfergeist von heiliger Nächstenliebe durchdrungen, ihnen würdige Nachfolger sein. Der Bezirksbeirat des Verbandsbezirks hat bereits vergangenes Jahr die Feier des 25-jährigen Bestehens in Aussicht genommen. Leider machen die gegenwärtigen Verhältnisse das Vorhaben in dem in Aussicht gestellten Umfang unmöglich. Wir geben uns jedoch der Hoffnung hin, das 25-jährige Stiftungsfest demnächst würdig begehen zu können. Unsere Mitgliedschaft möchte wir bitten, zu arbeiten und zu kämpfen im Dienste des Verbandes wie die ersten Gründer.

## Ausschuß des Gesamtverbandes.

Der große Ausschuß des Gesamtverbandes der örtlichen Gewerkschaften, der alljährlich zweimal zusammentritt, tagte am 4. und 5. d. M. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast restlos erschienen.

Die Bedeutung der Tagung liegt nicht in vielen und weitreichenden Beschlüssen, sondern in ihrer fruchtbaren Aussprache. Der von Generalsekretär Otto erstattete Geschäftsbericht wie auch der vom Gesamtverbandsvorsitzenden Stettler erläuterte Bericht über die gesonderte allgemeine und gewerbsliche Lage gaben den Auftrag dazu. Die Fülle der neuen und großen Aufgaben, die heute durch die Gewerkschaften gelöst werden sollen, die Schwierigkeiten, die der gewerbslichen Tätigkeit gegenüberstehen, fanden in der Aussprache ausgiebige Erörterung. In allen Aussführungen war das Bestreben der christlichen Gewerkschaften zu erkennen, die

einhellige Grundausfassung zu vertiefen und gegenüber Einzelproblemen eine klare Formulierung des Willens zu erreichen. Längst ist in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften erkannt, daß mit der Herbeiführung landläufiger Schlagworte weder den Interessen der Arbeiter noch dem deutschen Wiederaufbau gedient ist, da sie verhindern statt klar zu machen. Innererseits erfordert es die Mission der christlichen Gewerkschaften, daß diese ihr Wollen klar aussetzen und, auf der Grundlage der Ergebnisse des Komitees verharrend, das, was sie erstreben klar und für jeden verständlich herausstellen. Die Aussprache auf die Ausschlagsfrage dieses vornehmlich dieser Blütezeit.

In seinen einleitenden Worten gedachte der stellvertretende Gesamtverbandsvorsitzende Behrens der Ereignisse der jüngsten Zeit, insbesondere der Bergarbeiterkrieg des Rheins und der Ruhr, insbesondere der ermordeten Kruppschen Arbeiter, wurde in geziemender Weise gedacht.

Die Geschehnisse an Rhein und Ruhr durchzogen wie ein roter Faden die Verhandlungen. Die Stellungnahme der Versammlungen zu diesen Geschehnissen war ungefähr die: Der Kampf an Rhein und Ruhr ist das Ereignis, das alle wirtschaftlichen und politischen Vorgänge nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt überdeckt. Brutaler Militarismus als Handwerkzeug eines gewissen politischen Imperialismus sucht ein Friedensstolzes, aber friedliches und waffenloses Arbeitsvolk in Südeuropa zu erringen. Das Abwehrmittel ist das menschenwidrigste, das sich denken läßt. Die Überzeugung von dem elementaren Recht auf Leben, von dem elementaren Recht auf Freiheit haben spontan in allen Säcken den heroischen Widerstand hervorgerufen, der in der Form des passiven Widerstandes dem Herbstfall des Erfolgs versagt und dem deutschen Volke sein höchstes und notwendigstes Gut wiederherstellt.

## Die nationale Einheit

In der christlichen Gewerkschaftsbewegung lebt die Überzeugung, daß ohne die Wahrung und Festigung dieser nationalen Einheit der Wiederaufbau unseres Volkes nicht möglich ist.

Voraussetzung der Behauptung der nationalen Einheit ist jedoch die offizielle gute Wille im ganzen Volke, die sozialen Gegenstände durch eine Verständigung zu überwinden. Das ist um so leichter möglich, wenn an die

